Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **36 (1957)**

Heft 3

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-336985

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

J. W. BRUEGEL

Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch

Der jetzt der Öffentlichkeit übergebene siebente Band deutscher diplomatischer Dokumente aus der Hitler-Zeit* enthält wieder eine Fülle höchst interessanten Materials zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Sein Inhalt umfaßt den kritischen Zeitraum vom 9. August bis 3. September 1939 nebst aus früheren Zeiten stammenden Aufzeichnungen deutscher Funktionäre, die erst nach Abschluß der vorhergehenden Bände der Sammlung gefunden wurden. Leider ist dieser Band der letzte in der Reihe erbeuteter und von einer amerikanisch-britisch-französischen Historikergruppe herausgegebener Akten des Berliner Auswärtigen Amtes, der in deutscher Sprache, also in der Ursprache, erscheint. Die Bände VIII und IX sind schon lange in englischer Übersetzung erhältlich – sie wurden hier ausführlich besprochen –, aber aus unbekannten Gründen wird bei ihnen und den folgenden Bänden (für die Zeit von 1940 bis 1945) an eine deutsche Veröffentlichung nicht gedacht.

Daß der Zweite Weltkrieg vom nationalsozialistischen Regime mutwillig vom Zaun gebrochen wurde, war außerhalb des Bereiches der Goebbels-Propaganda niemals bezweifelt worden. Inzwischen sind so viele dokumentarische Belege der planmäßigen Vorbereitung der Nazigangster auf eine von ihnen provozierte blutige Auseinandersetzung um die Weltherrschaft ans Tageslicht gekommen, daß das Beweismaterial über die Verantwortung an dem Blutvergießen lückenlos ist. Wenn also jetzt noch mehr Dokumente veröffentlicht werden, versetzen sie zwar noch dieser oder jener Hitler-Lüge den Todesstoß, aber sie können an den großen Linien nichts mehr ändern oder das Bild irgendwie entscheidend revidieren. Trotzdem vermögen sie als wertvolle Ergänzungen zu dienen.

Der Westen baut Hitler goldene Brücken

Die Entschlossenheit der Naziführer, es im Falle Polen auf einen Krieg mit sowjetischer Rückendeckung ankommen zu lassen – an ein westliches Eingreifen glaubte man in Berlin nicht –, kommt immer wieder in zahlreichen Dokumenten zum Ausdruck. Die Namen immer neuer freiwilliger – berufener und unberufener – Vermittler tauchen auf, die manchmal in rührender Naivität, aber in bester Absicht Hitler vor dem Marsch in den Abgrund warnten. So hat sogar der Herzog von Windsor, der ehemalige König Eduard VIII, der damals als Privatmann in Frankreich lebte, im

---

* *«Akten zur deutschen auswärtigen Politik, 1918 bis 1945, Serie D: 1937 bis 1945, Band VII, Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch,* Baden-Baden 1957.

August 1939, wie erst durch den vorliegenden Band bekannt wird, ein beschwörendes Telegramm an Hitler gerichtet. Er wurde im schnoddrigsten Ton abgefertigt. Dabei ging der Westen in seinem Bestreben, dem Obergangster goldene Brücken zu bauen, viel weiter als die bloße Selbstachtung geboten hätte. Im Juli 1938 hatte Hitler den Hauptmann *Wiedemann* als inoffiziellen Sendboten zur Erforschung der Stimmung nach London geschickt. Seine Aufzeichnung über die Unterredung, die er am 18. Juli 1938 mit dem damaligen konservativen Außenminister Lord *Halifax* hatte, wird jetzt zum erstenmal veröffentlicht. Wiedemann zufolge soll Halifax ihm zur Weitergabe an dessen Auftraggeber gesagt haben, ihm schwebe als Krönung seines Lebenswerkes vor, daß Hitler an der Seite des englischen Königs unter dem Beifall des englischen Volkes seinen Einzug in London halte. Eine in ähnliche Wendungen gekleidete Äußerung Halifax' Wiedemann gegenüber war in einem schon früher veröffentlichten Bericht des damaligen deutschen Botschafters *Dirksen* enthalten. Beide Versionen gehen auf den nicht sehr glaubwürdigen nazistischen Abenteurer Wiedemann zurück. Die Aufzeichnung, die Halifax von dieser Unterredung machte, wurde gleichfalls schon vor vielen Jahren veröffentlicht. Sie deckt sich im Wesen mit dem Bericht Wiedemanns (und man muß gerechterweise zugeben, daß sie eine ernste Warnung an Hitler enthielt), aber die Geschichte von Hitlers triumphalen Besuch in London findet sich hier nicht. Vielleicht hat Wiedemann gelogen oder stark übertrieben. Aber Lord Halifax, der als 76jähriger gelegentlich noch im Oberhaus Reden hält, hat sich zu dem Wiedemann-Bericht, der in England naturgemäß Mißfallen erregt, bisher nicht geäußert.

Neues über die Achse Berlin–Moskau

Der Band enthält natürlich auch manche bemerkenswerte Hinweise auf das Werden des perversen Bündnisses zwischen Hitler und Stalin. Hier eröffnen sich der Forschung überraschende neue Aspekte. Bisher war bekannt, daß die Achse Berlin–Moskau militärisch zu funktionieren begann, als Rußland sich vereinbarungsgemäß am 17. September 1939 auf Polen stürzte. Aber jetzt erfährt man, daß ein Zusammenspiel zwischen Berlin und Moskau auch in militärischer Hinsicht vom ersten Tag des deutschen Angriffes auf Polen vorhanden war. Am 1. September 1939, um 7.30 früh, versuchte General Martini, Chef des Nachrichtenverbindungswesens der deutschen Luftwaffe, mit dem deutschen Militärattaché in Moskau, General Köstring, telephonisch in Verbindung zu treten. Da dieser unerreichbar war, übernahm Botschafter von der *Schulenburg* (er wurde nach dem 20. Juli 1944 hingerichtet) die Meldung:

> «Der Chef des Generalstabs der Luftwaffe (Generalmajor Jeschonnek) wäre dem Volkskommissariat für Telegraphie und Telephonie besonders

dankbar, wenn der *Rundfunksender Minsk* bis auf weiteres und ab sofort für *dringende Navigationsversuche* in den freien Zeiten seines Programms *andauernd eingestreute Rufzeichen* ‚Richard Wilhelm I O' und im Verlauf seines Programms möglichst oft den Namen ‚Minsk' senden könnte. Um Mitteilung, ob und von wann ab das Senden erfolgen wird, wird gebeten.»

In so unbürokratischer und formloser Weise wandte man sich also an den «bolschewistischen Erbfeind», wenn man Hilfe bei «dringenden Navigationsversuchen» wünschte! Und man hatte sich auch nicht getäuscht. Moskau war weder erstaunt über den legeren Ton noch auch ablehnend. Im allgemeinen dauert es Monate, ehe man von der Sowjetregierung in der harmlosesten Sache eine Antwort erhält, von der Erlangung einer Zustimmung gar nicht erst zu reden. Aber hier hatte man keine Bedenken, keine Rückfragen, keine Bedingungen. Man reagierte mit einzig dastehender Fixigkeit. Noch am *gleichen Tage* konnte Schulenburg Berlin antworten:

«Die Sowjetregierung ist *bereit,* dortigen Wünschen in der Weise entgegenzukommen, daß Rundfunksender Minsk im Verlauf seines Programmes, *das zu diesem Zweck um zwei Stunden verlängert werden könnte,* möglichst oft das Wort ‚Minsk' sendet. Sie bittet, anzugeben, *ob hiefür bestimmte Zeiten besonders erwünscht sind.* Darüber hinausgehende Rufzeichen möchte Sowjetregierung unterlassen, um Aufsehen zu vermeiden.»

Auch wer mit kommunistischen Praktiken vertraut ist, wird diese so umgehend ausgesprochene Bereitwilligkeit – sagen wir – ungewöhnlich finden. Wenn es überhaupt etwas gibt, das das Schuldkonto direkter kommunistischer Hilfeleistung für Hitler noch belasten könnte, ist es in diesem dokumentarischen Beweis von Moskauer Dienstfertigkeit dem Nationalsozialismus gegenüber zu finden!

Die Schweiz unter Nazidruck

Wieder bezieht sich eine größere Zahl der jetzt veröffentlichten Dokumente auf die Schweiz und das Verhältnis des Dritten Reiches zu ihr. Mit einer Ausnahme haben sie heute aber keine besondere Bedeutung mehr – es handelt sich um deutsche Zusicherungen, die Neutralität der Schweiz zu respektieren, und schweizerische Empfangsbestätigungen. Vom heutigen Gesichtspunkt wichtig ist nur eine Aufzeichnung des deutschen Diplomaten *Woermann* über eine Vorsprache des schweizerischen Gesandten Hans *Frölicher* am 29. August 1939. Frölicher unterrichtete Woermann über die außerordentlichen Vollmachten des Bundesrates. Wenn und soweit man Woermann glauben darf, spielte sich dann folgendes ab.

«Der Gesandte fügte privat hinzu, daß die Schweiz also von morgen an ein *autoritär regierter Staat* wird. Ich habe ihm gesagt, der *Bundesrat möge das für eine strenge Überwachung der Presse ausnützen.*»

Damit endet die Aufzeichnung, und man erfährt nicht, wie Frölicher auf diese unverschämte Zumutung reagiert hat. Gesandte machen Vertretern anderer Regierungen keine «privaten» Mitteilungen. Die Bezeichnung «privat» sollte offenbar andeuten, daß der Bundesrat ihn nicht beauftragt habe, solche Erklärungen abzugeben. Der Auftrag hätte natürlich auch lauten können: «Privat können Sie dann hinzufügen . . .» Wie immer dem sei, auch für «private» Äußerungen ihrer Diplomaten trägt jede Regierung die Verantwortung. Hat also Frölicher tatsächlich den Nationalsozialisten so nach dem Mund gesprochen? Hat er es ruhig eingesteckt, daß seine «private» Bemerkung von Woermann zu einer ganz offiziellen Erpressung an der Schweiz benützt wurde? Die Öffentlichkeit hat wohl ein Recht darauf, daß ihr hier reiner Wein eingeschenkt wird. In diesem Falle wie in den früheren hier verzeichneten ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß die deutschen Beamten gelogen haben, schon um sich bei der Obrigkeit als besonders «forsch» herauszustreichen. Warum wird aber von Bern aus nicht der *wahre Sachverhalt* dargestellt? Warum wird nicht endlich bekanntgegeben, wie die verschiedenen Schweizer Funktionäre an ihre Behörde über die Unterredungen berichteten, von denen man bisher nur die Naziversion kennt? Will man sich denn tatsächlich niemals zum Beispiel zu der Behauptung äußern, Gesandter Frölicher habe im Juli 1938 im Berliner Auswärtigen Amt erklärt, die «Schweizer Regierung sei entschieden gegen eine Verjudung des Landes»? Soll man also glauben, daß sich Schweizer Diplomaten einer solchen Redeweise befleißigt haben? Ist das dem Ansehen der Schweiz zuträglich?